Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 218 Donnerstag, 11. Mai 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 18,— M., vierteljährlich 75,— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 35 mm breite Zeile 6,— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Anz. v. Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 1 M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.) Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Entgegenkommen der Sowjetregierung.

Annahme des Memorandums bis auf zwei Punkte.

Berlin, 10. Mai. Aus London wird der „Voss. Ztg." gemeldet: Am späten Nachmittag lief hier die Meldung ein, daß die Russen sämtliche Bestimmungen der Denkschrift mit Ausnahme der Artikel 1 und 7 (Propaganda und Eigentum) annehmen. Sie wünschten einige Aenderungen der letzteren Bestimmungen und wollen außerdem die bedingungslose Zusicherung einer Anleihe von 200 Millionen Pfund erhalten.

Nach einer Genueser Meldung des „Lok.-Anz." ist der Antwort ein von Tschitscherin unterzeichneter Brief beigegeben, der die Beschlüsse der russischen Delegation aufzeichnet und die versöhnende Haltung der Sowjets betont. Die russische Antwort erinnert daran, unter welchen Bedingungen Sowjetrußland die Einladung der Mächte zur Teilnahme an der Konferenz angenommen habe. Trotzdem sei die russische Delegation von den meisten Sitzungen der Unterkommission für russische Angelegenheiten ferngehalten worden. Dann bedauert die Antwort, daß die Unterschriften zweier Mächte fehlen, die am meisten mit den Interessen der Sowjets verbunden seien.

Was die Frage der Propaganda in den anderen Ländern betreffe, so erklärt die russische Delegation, daß diese Klausel rein politisch sei und in keinem Zusammenhange mit dem wirtschaftlichen Abkommen stehe. Was die Schuldverpflichtungen und die russischen Vorkriegsschulden betreffe, erklärt die Note weiter, daß Rußland bedeutende Opfer gebracht habe. Rußland würde seine Verpflichtungen einhalten, aber nur unter der Bedingung, daß es sofort Kredite erhalte, und zwar von Regierung zu Regierung. Diese Kredite müßten in bar geleistet werden, denn dies sei für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands unbedingt nötig. Die Russen erklären ferner, daß es ihnen unmöglich sein werde, einen allgemeinen Vertrag abzuschließen, wenn man keine Garantien gäbe, die die Bewilligung von Krediten enthalten.

Berlin, 10. Mai. Die russische Antwortnote war bis heute mittag in Genua noch nicht überreicht. Entgegenstehende Meldungen waren verfrüht. Die bisher bekanntgegebenen Inhaltsangaben dürften sich bestätigen. Die Antwort wird sehr umfangreich sein und aus etwa 20 eng beschriebenen Schreibmaschinenseiten bestehen.

Wie der „B. Z." aus Genua gemeldet wird, kennt England die Grundlinien der russischen Antwort genau so, wie sie Italien und die Neutralen kennen. **Diese Grundlinien erschienen genügend für die Fortsetzung der Konferenz.**

Im „Echo de Paris" wird mit ziemlicher Bestimmtheit festgestellt, daß die ausgeschlossenen Deutschen die wichtigsten Vermittler in Sachen der russischen Angelegenheit seien. Es wird dies der Ungeschicklichkeit Barthous zugeschrieben, der Lloyd George ungewollt immer wieder Helfersdienste geleistet und die Lage für die Deutschen in Genua verändert habe. Nach dem Vertrage von Rapallo habe man die Deutschen feierlich von den russischen Verhandlungen ausgeschlossen und sie mit Isolierung bestraft. Drei Wochen nach Rapallo seien sie die gesuchtesten und geschätztesten Vermittler in der russischen Frage und sozusagen die Ratgeber und Botschafter Lloyd Georges an Tschitscherin geworden.

Amerika und die Russenpolitik der Entente.

Paris, 10. Mai. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington ist gestern nach einer Kabinettssitzung, die sich mit den Verhandlungen der Konferenz von Genua beschäftigte, mitgeteilt worden, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf dem Standpunkte stehe, die Haltung der Verbündeten gegenüber den Sowjets sei im Einklang mit der Politik der Vereinigten Staaten. (W. T. B.)

Die Wünsche des Papstes.

Genua, 10. Mai. Die Präsidentschaft der Genueser Konferenz und die Delegationen der Staaten, die mit dem Vatikan in diplomatischen Beziehungen stehen, erhielten ein Memorandum, in dem es heißt: Der Heilige Stuhl bittet, daß in der Vereinbarung, die man zwischen den Mächten treffen wird, in ausdrücklicher Form die folgenden drei Klauseln aufgenommen werden: 1. Die Gewissensfreiheit für Russen und für alle fremden Staatsbürger in Rußland soll in Genua garantiert werden. 2. Garantiert werden soll die private und öffentliche Ausübung der Kulte. 3. Die Immobilien, die den religiösen Gemeinden gehört haben oder noch gehören, werden zurückerstattet und respektiert.

Der französische Ministerrat deckt Poincaré.

Paris, 10. Mai. Poincaré erklärte in dem gestern unter Vorsitz Millerands stattgefundenen Ministerrat, daß er die formelle Versicherung besäße, daß Belgien nicht nachgeben und keine Kompromißlösung auf der Basis der augenblicklichen Besprechungen annehmen werde. Auch wenn dies nicht so sein sollte, fügte Poincaré hinzu, bin ich der Ansicht, daß wir nicht nachgeben dürfen, und daß wir, wenn nötig, auch allein unsere Unterschrift verweigern müssen. Der Ministerrat stimmte diesem Standpunkte einstimmig zu. Poincaré berichtete auch über die Verhandlungen der Reparationskommission und fügte hinzu, daß sie für die französischen Interessen günstig verlaufen. In der Kontrollfrage habe er jedoch Vorbehalte gemacht. Die Kontrolle sei so nötig, wie sie festgelegt wurde, und Frankreich würde zu Maßnahmen schreiten, selbst wenn es dies allein tun müßte. Auch diese Ausführungen wurden durchweg gutgeheißen. Nach Schluß des Ministerrats schickte Poincaré ein Telegramm an Barthou, in dem die Beschlüsse des Ministerrats mitgeteilt werden, die er in einigen besonders energischen Richtlinien zusammenfaßte.

Kein offizieller Charakter der Frankreichreise des englischen Königs.

Paris, 10. Mai. Das Gerücht, daß Millerand eine Zusammenkunft mit dem König von England haben werde, wurde gestern von amtlicher Stelle als unwahrscheinlich bezeichnet, da König Georg ausdrücklich zum Besuche der englischen Kriegerfriedhöfe nach Paris komme und seine Reise keinerlei offiziellen Charakter habe.

Englisch-italienisches Einvernehmen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rom, 10. Mai. Je länger die Konferenz von Genua dauert, um so mehr stellt sich ein enges Zusammenarbeiten Lloyd Georges und Schanzers heraus. Die englischen und italienischen Interessen laufen vielfach parallel. Beide Mächte erstreben eifrig den Frieden Europas und suchen die Konferenz gegen alle sabotierenden Kräfte zum Erfolg zu führen. Beide Delegationen reden auf Russen und Franzosen ein, um eine Einigung herbeizuführen. Dieses taktische Vorgehen kommt auch Forderungen zugute, die über den Rahmen von Genua hinausgehen und sich übrigens keineswegs gegen Frankreich wenden. Es sind nämlich italienisch-englische Verhandlungen im Gange wegen einer gemeinsamen Ausbeutung der russischen Petroleumquellen. Darüber hinaus sei England nach einer Meldung des „Messaggero" geneigt, die Italiener an allen Erdölvorkommen zu beteiligen, über die England sich im vorigen Jahre in San Remo mit Frankreich geeinigt hatte, namentlich in Galizien, Rumänien, Kleinasien und den Kolonien.

Paris, 10. Mai. Die Havas-Agentur meldet aus Genua: Man versichert an glaubwürdiger Stelle, daß ein allgemeines politisches und wirtschaftliches Abkommen zwischen Italien und Großbritannien vorbereitet worden ist. Sein Hauptgegenstand soll der sein, die Stellung Italiens am Mittelmeer zu garantieren. „Echo de Paris" bringt die gleiche Nachricht, bespricht sie im Sinne eines schweren diplomatischen Schlages für die Politik Frankreichs und berichtet, das nächste italienische Kabinett werde ein Kabinett Nitti sein mit Schanzer als Außenminister.

„Nicht ein vernünftiges Wort."

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 10. Mai. Ueber die gestrige Unterredung, die Dr. Wirth und Rathenau mit den französischen Delegierten Barthou und Colrat hatten, meldet der „Intransigeant": Nicht ein vernünftiges Wort wurde gewechselt. (!) Die Reparationsfrage durfte nicht berührt werden, und so sprach man im wesentlichen über den Frieden, über die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen und über den europäischen Burgfriedensvertrag. Eine neue Zusammenkunft war vorbereitet, doch hat inzwischen angeblich die Haltung eines Teiles der französischen Presse jede weitere Aussprache unmöglich gemacht.

Wenn Deutsche und Franzosen sich erst einmal „vernünftig" unterhalten könnten, wäre schon ein großer Schritt nach vorwärts gemacht.

Die französisch-englischen Beziehungen.

London, 10. Mai. Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt: Allgemein scheint die Ansicht zu herrschen, daß die Luft geklärt sei, und daß man in Anbetracht dessen, daß die Entente nicht tot sei, wieder frei atmen könne. Auch der Brüsseler Berichterstatter der „Times" meldet ein Nachlassen der Spannung. Theunis habe seinen Kollegen im Kabinett mitgeteilt, in Konferenzkreisen scheine jetzt eine Tendenz in Richtung der belgischen These vorhanden zu sein. Theunis ermächtigte den „Times"-Berichterstatter zu der Meldung, in Genua herrsche der Eindruck, daß die Lage weniger gespannt sei. In einem Leitartikel hebt „Daily Chronicle" die Loyalität Großbritanniens gegenüber der Entente hervor und schreibt, in einer geeigneteren Atmosphäre könnten die bestehenden politischen Schwierigkeiten befriedigend, eine nach der anderen, behoben werden. Die sich in der Pariser Kammer widerspiegelnde Atmosphäre sei für die Entente nicht günstig. (W. T. B.)

London, 10. Mai. Die Frage der englisch-französischen Beziehungen wird im Zusammenhange mit der Unterredung Barthous mit Lloyd George von der gesamten Presse eingehend erörtert. „Evening News" sagt, das britische Volk habe für die Entente gekämpft und nicht, um sie zu zerstören. „Pall Mall and Globe" schreibt, Großbritannien werde mit ganzem Herzen Lloyd George bei dem Werke unterstützen, das er in Genua verrichtet. Lloyd George zeigte sich als der wahre Führer Europas im Frieden und im Kriege. Er könne der Politik nicht zustimmen, die bedeutet, daß Europa und Asien in einer nicht endenwollenden Stimmung des Kampfes erhalten werden. Wenn es zum Bruche der Entente kommen sollte, so wäre dies sehr zu bedauern. England sei jedoch nicht verpflichtet, mit einem Partner zu gehen, der die Interessen Englands unberücksichtigt ließe. (W. T. B.)

Uebergabe der deutschen Antwort an die Reparationskommission.

Besprechungen mit den Parteiführern.

Berlin, 10. Mai. Die deutsche Note an die Reparationskommission ist heute überreicht worden und wird morgen veröffentlicht.

Berlin, 10. Mai. Bei der gestrigen Besprechung mit den Parteiführern und der Reichskanzlei handelte es sich namentlich um die fertiggestellte schriftliche Antwort an die Reparationskommission, deren Inhalt vom Reichsfinanzminister Dr. Hermes bekanntgegeben wurde. **Es wird in der Note erneut die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Balancierung ihres Etats zum Ausdruck gebracht. Anderseits werden die Forderungen der Reparationskommission nach 60 Milliarden neuen Steuern, sowie die von ihr beabsichtigte Einrichtung einer Finanzkontrolle abermals abgelehnt.** Im großen und ganzen ist die deutsche Antwortnote als eine Fortführung der zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission im Gange befindlichen Unterhandlungen über die deutschen Reparationsleistungen zu betrachten. Dr. Hermes erwähnte zwar seine bevorstehende Pariser Reise, die er voraussichtlich noch vor Ende dieser Woche antreten werde, machte aber keine näheren Mitteilungen über die Vorschläge, die er in Paris zu machen gedenke.

In der kurzen Aussprache, die sich an die Mitteilung des Reichsfinanzministers schloß, wurden dem „B. T." zufolge keine wesentlichen Beanstandungen der Parteivertreter laut, nur die Deutschnationalen sollen Einwendungen unerheblicher Art gemacht haben. Die deutsche Note, die einen Weg zu weiteren Verhandlungen eröffnet, soll heute noch dem hiesigen Vertreter der Reparationskommission übergeben und dann sofort im Wortlaut veröffentlicht werden. Wie die „Zentrums-Parlamentskorrespondenz" noch erfährt, betonte Dr. Hermes des weiteren die Notwendigkeit, möglichst den dem Reichsrat zugegangenen Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe zu erledigen. Dr. Hermes wird in Paris in persönlichen Verhandlungen mit der Reparationskommission eine gemeinsame Basis zu finden suchen, um die jetzt schon Staatssekretär Bergmann in Paris sich bemüht. In der letzten Woche hatte dieser drei längere Unterhaltungen mit dem englischen Mitglied der Reparationskommission Bradbury, und man meldet aus den Kreisen der Reparationskommission, daß dort große Hoffnungen auf eine internationale Anleihe gesetzt werden, die wahrscheinlich mit Hilfe Amerikas zustande kommen wird.

Zu der neuerlichen Behauptung der „Sozialistischen Korrespondenz", wonach Dr. Hermes das Kabinett Wirth von innen und außen bekämpfe, bemerkt die „Zentrums-Parlamentskorrespondenz": Dr. Hermes hat selbstverständlich Genua im Einvernehmen mit dem Reichskanzler verlassen, wie er auch im gleichen Einvernehmen des Reichskanzlers nach Paris fahren wird und wir möchten dem hinzufügen, gleichfalls im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts, darunter auch der sozialistischen.

Die Frage der Rheinregulierung.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Basel, 10. Mai. Die Verhandlungen der internationalen Rheinzentralkommission, die einige Tage unterbrochen worden waren, um der schweizerischen Delegation die Stellungnahme zu dem von Frankreich vorgeschlagenen Kompromiß zu ermöglichen, haben gestern wieder begonnen. Die schweizerische Delegation wurde nach längeren Verhandlungen des Bundesrates mit den Regierungen von Basel Stadt und Basel Land ermächtigt, dem Kompromiß unter der Bedingung zuzustimmen, daß die Wassergeschwindigkeit des von Frankreich projektierten Seitenkanals die offene Schiffahrt nicht behindern oder unmöglich machen dürfe, daß ferner eine genügende Frist vorgesehen und eine neutrale Instanz zur Regelung etwaiger Schwierigkeiten eingesetzt werde. Das von Frankreich vorgeschlagene Kompromiß lautet dahin, daß der Seitenkanal nach dem Elsaß in der ersten Stufe samt einem Kraftwerk erbaut und gleichzeitig die Rheinregulierung von Basel bis Straßburg durchgeführt wird, in deren Kosten sich Deutschland, die Schweiz und Frankreich teilen sollen. Durch den Ausbau des Seitenkanals würde die Stauung über die Schweizer Grenze hinausreichen, und es ist hierzu eine besondere Schweiz-Konzession einzuholen. Trotzdem der Bundesrat sich grundsätzlich für die Annahme des Kompromisses entschieden hat, mehren sich in der Schweiz selbst die Stimmen, die eine Ablehnung desselben fordern, da man gerade in Basel den Zusicherungen Frankreichs sehr skeptisch gegenübersteht und mit Recht sich gegen ein vollständiges Abhängigsein von Frankreich bei der Schiffahrt auf dem Rhein wehrt.

Die fremde Wohnungswillkür im Rheinland.

Der Stadtverwaltung von Mainz ist trotz der auf das äußerste gestiegenen Wohnungsnot abermals die Stellung von Räumlichkeiten für die Unterbringung von 100 Militärpersonen, darunter Unteroffiziere mit Familien, aufgetragen worden.